

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846-48 ppbn d

Inhalt

Die Deutschen haben es
schwerer

Carlo Schmid fordert dazu
auf, die Nazi-Vergangen-
heit aufzuarbeiten

Seite 1/3

Entwicklungspolitik muß
zugleich Friedenspolitik
sein

Lenelotte von Bothmer zum
SPD-Forum Entwicklungspo-
litik, das morgen in Wies-
baden beginnt

Seite 4

Eine überflüssige Heraus-
forderung

Hans-Jürgen Augstein zur
verbotenen Potsdam-Fahrt
der CDU/CSU-Fraktion

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 97 66 11

32. Jahrgang / 166

31. August 1977

Die Deutschen haben es schwerer

Die schlimme Vergangenheit nicht wegschieben, sondern
aufarbeiten

Von Professor Carlo Schmid MdB
Vorsitzender des Seniorenrates der SPD

Ohne jede Frage haben es die Deutschen schwerer, im Urteil
der Welt zu bestehen als andere Völker; nicht erst seit
Hitler, nicht erst seit 1914 und 1918. Das ging schon früher
an. Und es hatte seine Gründe. In Frankreich zum Beispiel
hat man es den Deutschen nie verziehen, daß sie 1871 Elsaß-
Lothringen annektierten, wo doch die Elsässer Franzosen
bleiben wollten, auch wenn sie Deutsch untereinander rede-
ten. Aber sie wollten Franzosen sein und nicht Deutsche,
nicht Bürger des Deutschen Kaiserreiches.

Das hat in jener Zeit, in der sich das Wort vom Selbstbe-
stimmungsrecht der Völker schon Bahnen geschaffen hatte, die
Menschen gegen die Deutschen eingenommen. "Die Deutschen sind
anders als wir. Sie akzeptieren bestimmte moralische Grund-
lagen im Verkehr der Völker und der Staaten nicht." Ob das
berechtigt ist oder nicht, will ich hier nicht zur Diskus-
sion stellen. Aber so entstand in Frankreich ein zähes Vor-
urteil gegen alles Deutsche, das nicht untergegangen ist.
Und vergessen wir nicht, was das französische Volk durch
den Hitlerkrieg zu leiden hatte. Es gibt fast keine franzö-
sische Familie, die nicht ein Opfer zu beklagen hat.

Nehmen wir andere Völker. Die Italiener haben da einiges,
das zu vergessen ihnen schwer fällt, vom Fall Kappler ganz
abgesehen.

Der Hauptvorwurf, den man uns macht und was auch Völker miß-
trauisch macht, die bereit sind, mit uns auf einen normalen
Fuß zukommen, ist, daß sie glauben, die Deutschen halten die

Hitler-Zeit für etwas, was abgetan ist: "Reden wir nicht mehr darüber! Vergessen wir es doch! Es ist 30 Jahre vorbei. Einmal muß man Schluß machen mit diesen Dingen!"

Sicher, man muß einmal Schluß machen mit manchen Dingen. Man muß sich zu vertragen suchen, auch wenn Böses zwischen einem steht. Aber damit sind ja die Gefühle noch nicht abgetan, die jene Dinge, über die man sich verträgt, in den Menschen erregt haben. Da ist die Hypothek, die auf dem Namen Deutschland liegt. Diese Hypothek, die wir uns selber zu verdanken haben, die wir nicht verhindert haben, daß ein Mann wie Hitler an die Macht kommen konnte. Es gab ja eine Zeit, wo man dies noch hätte verhindern können. Aber man hat es eben nicht getan, teils aus Harmlosigkeit, teils aus Sorglosigkeit, teils eben, weil manche Leute glaubten, dieser Mann werde endlich Ordnung schaffen gegenüber "links".

Ich frage mich oft, wie ernst man diesen Vorwurf nehmen muß. Man soll der Jugend nicht den Vorwurf machen, sie kümmere sich um diese Dinge nicht. Man hätte ihr diese Dinge sagen müssen, denn von sich aus konnte sie es ja nicht wissen. Eltern und Schulen hätten ihnen diese Dinge sagen müssen, und zwar in einer Weise, die Pauschal-Urteile nach der einen oder anderen Seite ausschließt, vor allen Dingen die Ausrede ausschließt: "Wir sind allesamt Sünder! Auch die anderen Völker sind Sünder und haben sich was vorzuwerfen!" Haben sie auch, aber etwas von der Entsetzlichkeit und Scheußlichkeit dessen, was durch den Nazismus über die Welt gebracht worden ist, haben sich keine anderen Völker vorzuwerfen.

Was hat die junge Generation daraus für Folgerungen gezogen? Hat sie das beschäftigt? Hat das ihrem Leben eine bestimmte Wendung gegeben? Hat es in den jungen Leuten das Bedürfnis erweckt, mit diesen Dingen fertigzuwerden, sie in sich aufzuarbeiten? Nicht sie wegzuschieben, nicht zu verdrängen, sondern es auf ihre Schultern zu nehmen und mitzutragen in die Zeit hinein und durch ihr Verhalten zum Ausdruck zu bringen, daß das, was unter der Hitler-Zeit geschehen war, etwas war, das mit dem Wesen des Deutschen nicht identisch ist, das man aber zu verantworten hat. Die Kollektivschuld, das ist abgetan. Aber nicht als Kollektivhaftung für das, was in unserem Namen geschehen ist, das wir nicht verhindert haben. Man haftet eben für den Schaden, den der Vater oder Großvater angerichtet hat, deren Erbschaft man antritt. Haftung - ich meine das nicht so sehr im Sinne des Gerichtsvollziehers. Aber man kann nicht sagen: "Ich hab's nicht getan, mein Vater hat's getan. Nicht meine Generation, sondern die andere hat's getan."

Wenn wir uns zu dem bekennen und in Anspruch nehmen, was die Vaterwelt auch an Vorteilhaftem für uns geschaffen hat, muß man auch auf sich nehmen, was sie anderen an Bösem getan hat.

Ich habe das "aufarbeiten" genannt, es gibt auch das Wort "Trauerarbeit". Diese Dinge sind nicht einfach zu verdrängen, sondern sind voll zu durchdenken und zu durchleben, in Gedanken zu durchleben, auch in der Gefühlswelt zu durchleben, was durch Hitler in die Welt gebracht wurde und mit dem Namen Deutschland verbunden ist.

Natürlich besteht die Gefahr, sich zur Wehr setzen zu wollen, wenn wir immer wieder mit diesen Dingen konfrontiert werden; eine Trotzreaktion: "Ihr seid ja auch nicht besser gewesen." Jeder weiß was zu erzählen. Ich weiß auch von Dingen zu erzählen, die andere,

nicht Deutsche, getan haben, die schrecklich sind. Aber das ist von der Quantität und auch von der Qualität her nicht vergleichbar mit dem, was unter dem Hitlerregime geschah. Hier hat man Völker ausrotten wollen wie man Ungeziefer ausrottet. Das ist etwas anderes, als wenn Völker in Haß und Wut übereinander herfallen, im Bluttausch, und sich die Hälse abschneiden. Das ist auch schrecklich, aber dieses Kalte, Büro-mäßige der "Endlösung" ist doch das Entsetzlichste. Natürlich haben 99 Prozent der Deutschen das nicht gewollt, aber man hat es sich gefallen lassen. Das betrifft auch mich. Ich habe es mir auch gefallen lassen.

Ich glaube, es ist besser, zur Kenntnis zu nehmen, daß man uns so beurteilt. Es hat keinen Sinn zu sagen: "Das sind wieder die Kommunisten, die das in die Welt setzen, das ist Propaganda, Greuelpropaganda usw." Das ist auch dabei, ohne jede Frage. Aber es genügt nicht, was geschah, einfach wegzuschieben. Man muß da schon weitergehen und den Mut haben zu sagen: "Da ist schon etwas dran an dem, was man über uns denkt."

Wir werden gut daran tun, uns so zu verhalten, daß auch anderen Völkern klar wird, daß diese Deutschen, wenn man auf den Kern geht, auf das Wesen geht, vielleicht gar nicht so sehr anders sind als sie selbst. Das wird schwer sein. Und es ist auch schwer auszuhalten für manche Völker, daß, nachdem all das geschehen war, die Deutschen durch ihre Tüchtigkeit, durch ihren Fleiß, durch alle möglichen Dinge es erreicht haben, daß ihre Währung besser ist als die anderer, daß sie diesen Wohlstand erreicht haben und daß sie sich als Touristen in die Länder begeben können, in die ihre Väter und Großväter einst einmarschiert sind, und dort nun freundlich genießen, was die Länder bieten, und ihren Stolz auf die D-Mark ein wenig zu auffällig zeigen; das reizt manche Menschen. Es ist moralisch unberechtigt, aber psychologisch verständlich.

(-/31.8.1977/vo-he/ben)

+ + +

Entwicklungspolitik muß zugleich Friedenspolitik sein

Zur Fachtagung Entwicklungspolitik der SPD vom 1.9. bis 2.9. in Wiesbaden

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Zur Fachtagung Entwicklungspolitik der SPD liegen zwei Papiere vor: "Materialien vom Parteivorstand" und "Memorandum der SPD-Fraktions-Entwicklungspolitiker". Beide stellen gleich zu Beginn klar, daß Entwicklungspolitik, daß der Nord-Süd-Konflikt die soziale Frage unseres Jahrhunderts sind.

Es ist sehr zu begrüßen, daß der schwierige Komplex, den man mit dem Begriff "Entwicklungspolitik" zu begreifen sucht, in diesem Licht gesehen wird: Nur so schafft man für Politiker und für die deutsche Öffentlichkeit einen neuen Zugang zu dem Problembündel, das gemeint ist.

In unserem Gruppenpapier weisen wir überdies auf die Verflechtung von Industrie- und Entwicklungsländern hin, die lange besteht, und die es für die Industrieländer unmöglich macht, sich aus der Verantwortung zu stehlen, die ihnen aus ihrer Kolonialgeschichte erwachsen ist. Wir nennen die Abhängigkeit der Industrieländer und sehr deutlich die der Bundesrepublik von den Rohstoffen der Dritten Welt. Wir weisen darauf hin, daß all dies, vor allem aber unsere Überzeugung als Sozialdemokraten, die von den Ländern der Dritten Welt geforderte neue Wirtschaftsordnung notwendig macht. Wir erklären, welche Schritte nach unserem Verständnis in diese Richtung getan werden sollten, und wir weisen auf den volkswirtschaftlichen Nutzen hin, der daraus für beide Seiten, die Entwicklungs- und die Industrieländer, entstehen wird.

Eines ist jedenfalls sicher: Entwicklungspolitik duldet keine Halbheiten mehr, das muß sich auch finanziell niederschlagen. Vor allem aber muß sich Entwicklungspolitik an den Notwendigkeiten und gewachsenen Gesellschaftsstrukturen der betroffenen Länder orientieren. Wir müssen aufhören, das was man bei uns Fortschritt nennt (z.B. auf dem Gebiet der Technologie, der Pädagogik etc.) als unabdingbar, als eigentlich weiterreichbare Ware zu verherrlichen. "Entwicklung" ist es noch nicht, wenn sich ein Land der Dritten Welt ideologisch nach dem Westen öffnet und dazu westliche Verhaltens- und Konsummuster übernimmt (entsprechendes gilt natürlich für einen solchen Prozeß nach dem Osten hin).

Respekt und Achtung vor dem anderen Menschen, der Wunsch, ihm in seiner Welt so zu helfen, daß er eigene Fortschritte entwickelt, daß die breiten Schichten der Bevölkerung erreicht werden, daß die eigenständige Kontinuität gewahrt bleibt, das muß die Grundlage sein für aktuelle Entwicklungspolitik. Diese Entwicklungspolitik vermeidet Konflikte. Sie sollte daher zugleich Friedenspolitik sein können: Die Arbeit an der sozialen Frage dieses Jahrhunderts zielt darauf ab. Denn nur befriedete Länder und Völker können helfen, den Weltfrieden zu stabilisieren. Daß es bis dorthin noch ein schmerzlicher Weg sein wird, darf uns nicht beirren. Wir "entwickelten" Völker, haben der Dritten Welt ein schlimmes Erbe hinterlassen und ihr ein ebenso schlimmes Vorbild gegeben: Wer kann erwarten, daß die Völker in Afrika z.B. vollkommen kampflös untereinander zur Ruhe kommen? Hüten müssen wir uns in diesem Zusammenhang vor schrecklichen Vereinfachungen: Lassen wir dort den Kalten Krieg nicht wieder aufleben! Wir sollten lieber etwas von der Geduld lernen, die jene Völker durch lange, lange Zeit ausgezeichnet hat.

(-/31.8.1977/va-he/hgs)

Eine überflüssige Herausforderung

Die verbotene Potsdam-Fahrt der CDU/CSU-Fraktion

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Die Entscheidung der DDR-Behörden, die geplante Fahrt der gesamten CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach Potsdam nun doch nicht zuzulassen, ist in den letzten Tagen einmütig verurteilt worden. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß diese Entscheidung vertraglichen Abmachungen widerspricht und mit den KSZE-Vereinbarungen nicht in Einklang steht. Den entsprechenden Erklärungen ist nichts mehr hinzuzufügen.

Angebracht erscheint es jedoch, den Vorgang auch einmal aus einer anderen Sicht zu beleuchten. Wer aufmerksam hingehört hat, konnte sich - wie bei manchen anderen Anlässen auch - des Eindrucks nicht erwehren, daß den bekannten Scharfmachern in der Union das Verbot aus Ost-Berlin nicht ganz ungelegen kam. In ihren lauten Protesten schwingt auch diesmal ein Anflug von Genugtuung darüber mit, daß die DDR wieder einmal bewiesen hat, wie sie sich über Verträge hinwegzusetzen pflegt, wenn sie ihr unangenehm werden.

Die Initiatoren der geplanten Reise waren offenkundig über die zunächst erteilte Genehmigung erstaunter, als sie es über eine sofortige Absage gewesen wären. Daß man die DDR auf die Probe stellen wollte, dürfte klar sein. Davon kann auch die naive Versicherung nicht ablenken, man habe keine politische Demonstration im Auge gehabt. Die Fahrt als solche, selbst wenn sie schweigend und mit verhangenen Omnibusfenstern absolviert worden wäre, wäre ein Politikum gewesen und damit eine Demonstration. Jürgen Wohlrabe, der Erfinder der Idee, hat dies auch halbwegs zugegeben.

Daß es den Damen und Herren der Opposition lediglich um eine Fahrt im Sinne innerdeutscher Begegnungsmöglichkeiten gegangen ist, hätte man glauben dürfen, wenn sie sich darin zu überbieten versuchten, einzeln und privat und jedes Jahr in den anderen deutschen Staat zu reisen, um menschliche Kontakte zu pflegen und sich ein Bild von der realen Lage zu machen. Von löblichen Ausnahmen abgesehen - zu denen Helmut Kohl gehört - kann man in dieser Beziehung aber leider kein besonderes Engagement feststellen.

Deshalb wäre es politisch klüger gewesen, das Unternehmen gar nicht erst zu planen. Der Regierende Bürgermeister von Berlin Stobbe hat kürzlich sehr richtig bemerkt, nicht alles, was vertraglich möglich sei, müsse auch politisch zweckmäßig sein. Genau dies trifft für diese Fahrt zu. Mit ihr die DDR-Führung dazu herausfordern zu wollen, sich erneut als unsicher zu erweisen, war völlig überflüssig. Daß danach nun auch noch Sanktionen verlangt werden, zeigt vollends, wie schwer man sich in der Union tut zu begreifen, daß es im innerdeutschen Verhältnis nicht auf Demonstrationen und Kraftmeiereien, sondern auf Geduld und Beharrlichkeit ankommt. Nur so dient man den Interessen der Menschen und nicht durch mutwillig herbeigeführte Verhärtung.

(-/31.8.1977/vo-he/hgs)

+ + +